Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Bettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Bettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 120. | Dresden, Donnerstag den 28. Mai 1914. | 25. Jahrg.

Der Papst hat in einer Ansprache erklärt, daß er die Zugehörigkeit zu interkonfessionell zusammengesetzten Vereinigungen zwar erlaubt, daß aber die rein katholischen Organisationen zu bevorzugen seien.

Im Kieler Werftprozeß wurden mehrere Angeklagte zu schweren Zuchthaus- und Gefängnisstrafen verurteilt.

In Rußland ist ein mit deutschen Offizieren bemanntes Flugzeug niedergegangen.

Die albanischen Aufständischen erhalten ständig Zuwachs.

In Mexiko wird Huertas Erholungsreise nach Europa vorbereitet.

Hetzjagd der Herrenhäusler.

Wenn die preußischen Herrenhäusler beisammen sind, dann erfährt das Volk die ganze politische Wahrheit. Da hausen die geborenen Gesetzgeber, die statt deutscher Wähler ererbten Grundbesitz und Viehherden vertreten. Da ist die konservativ-borussische Reaktion ganz unter sich. Da kommen Gesinnung und Wollen der erlauchten und erlauchtesten Grafen, Freiherrn und Herzöge unverhohlen zum Ausdruck. Und da müssen die Minister von Königs Gnaden die gottgewollte Abhängigkeit von den Junkersippen bekennen und in neuen Gelöbnissen bekräftigen.

Die preußischen Herrenhäusler hatten am Mittwoch so etwas wie eine Generaldebatte über den Etat. Sie sind nicht Freunde langer Reden, sie brauchen nicht Kenntnisse und Geistesaufwand, sie sagen kurz und bündig, was sie meinen und wollen. Und jede ihrer Reden ist eine trotzige, protzige Kampfesansage gegen jede fortschrittliche Entwicklung der Zeit, gegen Sozialpolitik, gegen Wahlrecht, gegen Arbeiterbewegung, gegen Sozialdemokratie.

Die preußischen Granden sind **die ausgezeichnetsten Lehrmeister des Klassenkampfes.** Sie offenbaren unübertrefflich das Klassenwesen der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung, den fanatischen Klassenhaß der herrschenden Oberschicht gegen das Streben des Volkes nach materiellem und kulturellem Aufstieg. Sie pauken dem schlichtesten, stillsten Staatsbürger, trefflicher als hundert sozialdemokratische Agitatoren es könnten, **die Lehre von der Notwendigkeit des unerbittlichsten Kampfes bis aufs äußerste** in Hirn und Herz.

Die Sozialdemokratie schuldet, wie so manches Mal schon, so auch in diesem Falle, den preußischen Herrenhäuslern allen Dank. Die Sozialdemokratie kann sich ihre eigenen Flugschriften sparen, es gibt keine bessere sozialdemokratische Agitation als die Verbreitung der Kernworte aus der herrenhäuslerischen Debatte.

•

Sitzung des Herrenhauses am 27. Mai.

Freiherr v. Richthofen: Wir danken dem Kriegsminister, daß er kein Titelchen von der Kommandogewalt des Kaisers abhandeln läßt. Die Monarchie ist unser höchstes Ideal, an der wir mit Treue festhalten. Den neuen Minister des Innern bitten wir, **den Kampf gegen die Sozialdemokratie energisch zu führen.** Wir danken ihm, daß er die Unterstellung, er sei ein Minister der Wahlreform, zurückgewiesen hat. **Die Frage der Wahlreform muß aus der aktiven Politik ausgeschaltet werden.** Wir wünschen, daß unsere **bewährte Wirtschaftspolitik aufrecht erhalten** wird. (Beifall.)

Herzog zu Trachenberg: Unser Etat ist glänzend, aber drohend erhebt sich **das Gespenst der Vermögenszuwachssteuer.** Ich bedaure, daß der Finanzminister nicht dagegen aufgetreten ist, und daß auch der Bundesrat so passiv blieb. Sehr zu bedauern ist es, daß **demokratische Strömungen sich geltend machen** und daß bürgerliche Parteien sich immer mehr taktisch mit der Sozialdemokratie verbinden. Die Zeiten sind vorbei, wo Eugen Richter ein Buch gegen die Sozialdemokratie schrieb. Die bürgerlichen Parteien hätten die Pflicht, gemeinsam die Sozialdemokratie zu bekämpfen.

Minister des Innern v. Loebell: Ich werde mein Amt so führen, wie ich es vor meinem königlichen Herrn, mir selbst und dem Lande verantworten kann. Von der Notwendigkeit und Nützlichkeit der Sozialpolitik bin ich überzeugt, aber die Kosten sind doch jetzt so hoch geworden, daß sie vielleicht an die Grenze der Leistungsfähigkeit heranreichen. Vor allen Dingen wird es notwendig sein, eine Sozialpolitik zu treiben für den Mittelstand, der vielfach unter viel schwereren Bedingungen seine Existenz findet, wie der Arbeiterstand. Ich werde mich nach Möglichkeit des Mittelstandes annehmen. Der Nordmarkpolitik werde ich meine vollste Aufmerksamkeit widmen. Wir haben das Recht, das Hausrecht im eigenen Lande zu wahren, und werden dies mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln tun. Ausländische Agitatoren werden in der Nordmark nicht geduldet werden. (Bravo!) Ich bin aufgefordert worden, den

Kampf gegen die Sozialdemokratie

aufzunehmen und mir **den Schutz der Arbeitswilligen** angelegen sein zu lassen. Ein

verschärfter Schutz der Arbeitswilligen

ist eine Notwendigkeit. Aber gerade die Feststellung des Begriffs „Terrorismus" würde die größten Schwierigkeiten bereiten. Da ist es um so mehr unsere Pflicht, die bestehenden Gesetze **unnachsichtlich zur Anwendung zu bringen** und in erster Linie dafür Sorge zu tragen, daß **bei Ausbruch von Streiks**

genügend Polizeikräfte

vorhanden sind. Deshalb wurde auch bereits in den großen Industriebezirken, z. B. in Essen, die kommunale Polizei in eine königliche umgewandelt. Unsere Maßregeln haben sich bei den großen Streiks im Ruhrkohlengebiet bewährt. Der Sitz und der Kern des Uebels ist aber nicht in den Ausschreitungen bei Streiks zu suchen, sondern in der fortgesetzten Agitation, die in den Arbeitsstätten von den sozialdemokratisch organisierten Arbeitern ausgeübt wird. Dort muß vor allen Dingen **von den Arbeitgebern darauf gehalten werden, daß der Terrorismus verhütet und ein wirksamer Schutz für die Arbeiter geschaffen wird.** Je mehr die Gefahr der Sozialdemokratie wächst, um so mehr ist es Pflicht, daß sich alle Kreise der bürgerlichen Gesellschaft zusammenschließen, um den Kampf aufzunehmen. Dieser Kampf kann nicht nur geführt werden vom Staate, nicht allein durch Gesetze und durch die Polizei, sondern er muß getragen werden von dem Willen aller Kreise, die in unserem Staatswesen, unserer Monarchie und unserer Religion die höchsten Güter sehen. In diesem Kampfe werden wir siegen, weil unsere Sache gerecht, unsere Waffen rein und scharf sind und weil wir für Ideale kämpfen, die noch immer unserem Volke zum Siege verholfen haben. (Lebhafter Beifall.)

Graf v. Mirbach: Selbst in den Theatern, die unter königlicher Aufsicht stehen, werden Stücke gegeben, die eine Verhöhnung von Sitte und Anstand sind. Ich bitte den Minister, hier mit bessernder Hand einzugreifen. **Der Sozialdemokratie muß energisch entgegengetreten werden,** sonst kommt sie der Erfüllung ihres Programms immer näher. **Unsere sozialpolitischen und steuerlichen Gesetze bedürfen der Revision! Namentlich muß**

die Vermögenszuwachssteuer beseitigt werden.

An ihre Stelle muß eine zweckmäßige Reform der Matrikularbeiträge treten. (Beifall.)

Freiherr v. Bissing: Ich hoffe, **daß die bürgerlichen Parteien weit abrücken werden von der Sozialdemokratie, seitdem diese Partei dem Kaiser die gebührende Achtung im Reichstag versagt hat.** Die Sozialdemokratie hat dort nicht mit dem Kopfe demonstriert, sondern mit dem Gegenteil. (Heiterkeit.) Es ist eine Schande für das deutsche Volk, solche Vertreter im Reichstage zu haben. **Am gefährlichsten ist**

die sozialdemokratische Jugendpresse.

Man begreift nicht, wie solche Blätter im Genusse der Preßfreiheit sein dürfen. **Die Verbreitung dieser Blätter, namentlich auf dem Lande, müßte verhütet werden**

v. Buch: Die Grundursache der späten Erledigung des Etats liegt in der bedenklichen Entwicklung unseres Parlamentarismus. Die Parlamente werden mißbraucht, um Wahlreden zum Fenster hinauszuhalten. Mit allen Mitteln versucht man, auf uns hier einzuwirken. Mir wurden in der Debatte über Beamtenfragen sogar **Prügel angedroht.** (Heiterkeit.) Bis jetzt habe ich sie zwar noch nicht bekommen, aber es ist doch bezeichnend für unsere Zustände, daß so etwas passieren kann.

Freiherr v. Rheinbaben: Für die Förderung der Jugendpflege sollte mehr geschehen. Wenn wir unsere Jugend vor der Sozialdemokratie schützen wollen, so müssen wir früh anfangen.

Graf v. Hoensbroech: Die wirtschaftlichen Verbände müssen im Gegensatz zu den Kampfverbänden, wie sie auch die christlichen Gewerkschaften darstellen, vom Staat besser unterstützt werden.

Handelsminister Dr. Sydow: Die wirtschaftsfriedliche Arbeiterbewegung ist eine natürliche Entwicklung gegen die Auswüchse der Gewerkschaftsbewegung und ein Schutz gegen den von den Sozialdemokraten ausgeübten Koalitionszwang. Die nationalen Vereine sollten sich nicht bekämpfen, sondern sich gemeinsam gegen die Sozialdemokratie wenden.

Nach Erledigung kleinerer Etats wird die Weiterberatung auf Donnerstag 11 Uhr vertagt.

• • •

Der Polizeiminister v. Loebell.

Herr v. Loebell, der neue preußische Polizeiminister hat mit seiner Rede im Herrenhause so ziemlich alles übertroffen, was je von der preußischen Ministerbank an reaktionären Leistungen vollbracht wurde.

Auf die Aeußerung des Frhrn. v. Richthofen, die Frage der Wahlreform müsse aus der aktiven Politik ausgeschaltet werden, erwiderte Loebell mit demutsvollem Schweigen. Um so eifriger antwortete er auf die scharfmacherischen Forderungen nach mehr Kampf gegen die Sozialdemokratie und Schutz der Arbeitswilligen. Er sprach nicht vom Schutz der Arbeiter gegen den Terrorismus der Unternehmer. Er forderte vielmehr, als ob es dazu noch hetzerischer Aufforderungen bedürfe, die Unternehmer auf, noch weit brutaler gegen die freiorganisierten Arbeiter vorzugehen.

Die Unternehmer sollen sich nach der seltsamen Meinung dieses Polizeiministers „bisher dem Kampf gegen die Sozialdemokratie ferngehalten haben". Der Polizeiminister begreift nicht im entferntesten, daß die sozialdemokratisch organisierten Arbeiter durch die Agitation unter ihren Kollegen nur ein staatsbürgerliches Recht ausüben. **Innerhalb der gesetzlichen Schranken hat jeder preußische Staatsbürger das Recht der** Redefreiheit und der Vereinigung. Der Minister will den Arbeitern auch diesen letzten Rest bürgerlichen Rechtes nehmen, indem er den Kapitalismus dagegen mobil macht. Wie es in den preußischen Staatsbetrieben geschieht, wo jeder, der sich sozialdemokratischer Agitation verdächtig macht, erbarmungslos hinausfliegt, so soll es auch in den Privatbetrieben sein!

Kommt es aber irgendwo zu Maßregelungen und infolgedessen zu Streiks, o, dann wissen die Unternehmer auf der Rede des Herrn v. Loebel, wie trefflich der preußische Staat für den Schutz ihrer Interessen gesorgt hat. Sind nicht im Ruhrstreik 1631 „zum Teil sehr empfindliche Strafen" verhängt worden? Hat man nicht einen „bis in die Einzelheiten durchgearbeiteten Plan, um bei Ausbruch eines Streiks sofort in die gefährdeten Bezirke die nötigen Polizeikräfte zu werfen?" Sofort! Man wartet nicht etwa erst ab, ob bei ruhigem Verlauf des Streiks die vorhandenen Polizeikräfte ausreichen, sondern man transportiert in die „gefährdeten Bezirke" sofort landfremde Polizisten und schafft Konfliktstoff, wo sonst keiner vorhanden ist. Auch „der terroristischen Betätigung der Streikposten" sind „durch Polizeiverordnung gewisse Grenzen gesetzt." Die Unternehmer können also darüber ruhig sein, daß ihnen im Kampfe gegen die Organisation die Hilfe des preußischen Polizeiministers nicht fehlen wird.

Schluß mit jeder Sozialpolitik und Niederknüttelung der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung — das ist das Programm des preußischen Polizeiministers im holden Bunde mit den junkerlich-großkapitalistischen Herrenhäuslern. Wenn diese Ziele erreicht werden, dann hat die Reaktion noch einige kleine Wünsche: Ausnahmegesetze gegen die Presse, Reinigung der Theater — auch die Königlichen sind schon verseucht! — und vor allem **Beseitigung der Reichsbesitzsteuer!**

Die Reaktion wirft selbst die letzte Maske der Arbeiterfreundlichkeit und Unparteilichkeit von sich. Sie erleichtert uns unsere Aufgabe. Die Arbeiterschaft, das ganze werktätige Volk sieht den Feind unverhüllt in all seiner gehässigen Brutalität. Da gilt es den Kampf zu rüsten mit dem Aufgebot aller Kräfte, nicht nur zur Abwehr — **zum Vorstoß gegen den Feind!**

„Vaterland".

Noch klingen uns die begeisterten Schilderungen in den Ohren, die die kostenlos beförderten und bewirteten Journalisten von den unvergleichlichen Schönheiten des neuen Riesendampfers der Hamburg-Amerika-Linie gegeben haben. Es fehlte ihnen beinahe an Worten, um die Herrlichkeiten dieses „Erzeugnisses deutschen Genies und deutschen Fleißes" gebührend zu besingen. Die Reklamefahrer waren einfach aus dem Häuschen und konnten ihrer Begeisterung auch in Huldigungstelegrammen an Wilhelm II. und Herrn Ballin nur unvollkommen Luft machen. Jetzt kommt aus Neuyork eine etwas anders geartete Nachricht über den Dampfer Vaterland. Dem Berliner Tageblatt wird nämlich telegraphiert:

„Der gestern abgefahrene Hapagdampfer Vaterland hat **achtzig verhaftete Stewards an Bord,** die hier streikten und **unter dem Meutereiparagraphen** dem Hamburger Seemannsamt vorgeführt werden. Der Plan des Streiks wurde unmittelbar nach der Ankunft der Vaterland viel diskutiert. Die Leute verlangten **bessere Behandlung und höhere Löhne.** Die Unzufriedenheit unter den Stewards, Heizern und Trimmern war allgemein, doch bequemten sich die Leute vorgestern abend — bis auf die verhafteten achtzig — sich schriftlich zur Arbeitsleistung bis zum Heimathafen zu verpflichten. Die Hobokener Polizei hatte die ganze letzte Nacht vor Abfahrt elf Detektivs an Bord, die stündlich rapportieren mußten. Bei der Abfahrt waren fünfzig Polizisten zur Hand, um Streikende, falls sie das Schiff verlassen sollten, augenblicklich zu verhaften und der Einwanderungsbehörde zu überliefern. Kommodore Ruser und sämtliche achtzehn Schiffsoffiziere sind für die Heimfahrt **mit Revolvern ausgerüstet worden.** Die Schiffsleitung erklärt, der Streik wäre jetzt beigelegt, von anderer Seite wird jedoch das Gegenteil behauptet."

Das ist die Kehrseite der Medaille. Den Herrlichkeiten für die zahlenden Passagiere stehen Zustände gegenüber, die eine allgemeine Unzufriedenheit unter den Angestellten des Schiffes hervorrufen. Wie wär's, wenn die Lobhudler der großen Schiffahrtsgesellschaften, anstatt auf Freifahrtkarte in der ersten Klasse zu fahren, sich einmal als Stewards oder Trimmer für eine Reise nach Neuyork anheuern ließen?

Der Ludwig geht — das System bleibt.

Herr Dr. Ludwig, rechte Hand des Generals v. Liebert, Großwürdenträger des Reichsverbands, Kaufmann in Titel und Orden en gros — er ist den Enthüllungen des Genossen Liebknecht zum Opfer gefallen. Der Reichsverband teilt durch Rundschreiben den bürgerlichen Blättern mit, daß durch Vorstandsbeschluß vom 26. Mai der Verband seine Beziehungen zu Dr. Ludwig gelöst hat.

Die Nordd. Allg. Zeitung läßt ihre Leser über die Ursachen dieses Abschubs völlig im Dunkel. Mit Wehmut bemerkt das Blatt zu der Meldung nur: „Bisher Herausgeber

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19140528/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG